

Dokumentation

Das Protokoll der Wannsee-Konferenz und begleitende Dokumente

von Norbert Kampe

Das Protokoll der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 wurde vom Team des US-Anklägers Robert M. W. Kempner im Januar 1947 in Berlin aufgefunden (siehe www.ghwk.de/deut/nute.htm). Beim »Wilhelmstraßen-Prozess« unter anderem gegen Spitzenbeamte verschiedener Reichsministerien in Nürnberg 1947–49 diente das Protokoll als Beweismittel der Anklage.

Die 16. Ausfertigung des Protokolls mit dem Begleitschreiben Reinhard Heydrichs vom 26. Februar 1942, die beiden Einladungen vom 29. November 1941 und 8. Januar 1942 sowie das mit der ersten Einladung versandte »Ermächtigungsschreiben« Hermann Görings vom 31. Juli 1941 befinden sich in einer Akte aus dem Auswärtigen Amt. Diese stammt aus dem Büro des Unterstaatssekretärs Martin Luther, dem Vertreter des Außenministeriums auf der Wannsee-Konferenz. In den 1950er Jahren wurden die beiden Akten mit dem Titel »Endlösung der Judenfrage«, Hefte 1 und 2, von britischen Behörden an die Bundesrepublik Deutschland abgegeben. Die Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz hat davon Farbfotos anfertigen lassen, welche die Vorlagen für die folgenden Abbildungen sind. Der Verfasser hat persönlich die Übereinstimmung der Kopien mit den Originalen überprüft, die sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes befinden (Sign.: R 100857, Bl. 1, 165–181, 188).

Görings Ermächtigungsschreiben vom 31. Juli 1941 als höchste überlieferte schriftliche Legitimation für Heydrich lag dem ersten Einladungsschreiben als Negativkopie bei (Bl. 189). Die stattdessen hier wiedergegebene Positivkopie des Originals hatte Heydrich am 25. Januar 1942 mit einem Begleitschreiben erneut in größerer Anzahl versandt (Historisches Staatsarchiv Lettland, Riga, P 1026, Bl. 163f.).

Eine detaillierte formale Beschreibung der Dokumente sowie eine Auseinandersetzung mit den Fälschungsthesen von »Revisionisten« findet sich auf der Website der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz:

www.ghwk.de/deut/texte/faksimile_und_faelschung.htm
www.ghwk.de/deut/texte/mentel.pdf

Transkription der handschriftlichen Randbemerkungen auf den Einladungen, Begleitschreiben und Protokoll:

Zur Abbildung der ersten Einladung vom 29. November 1941, Vorderseite (Seite 19, oben):

Pg. [Parteigenosse] Rademacher [Legationsrat Franz Rademacher, Leiter von Referat D III, dem sogenannten Judenreferat in der »Abteilung Deutschland«, bitte O-Gruf [Obergruppenführer] Heydrich mitzuteilen, daß ich erkrankt bin, ihm für seine Einladung sehr danke und wenn irgend möglich teilnehme. Bitte mir für die Sitzung eine Aufzeichnung über unsere Wünsche und Ideen anzufertigen, bitte auch sofort St.S. [Staatssekretär Ernst von Weizsäcker] zu unterrichten. [Paraphe Luther] 4/12 [4. Dezember 1941]

Staatssekretär ist unterrichtet, Sitzung ist auf unbestimmte Zeit verschoben. [Paraphe Rademacher] 8/12 [8. Dezember 1941]

Zur Abbildung der ersten Einladung vom 29. November 1941, Rückseite (Seite 21, unten):

[Rückseite mit durchscheinendem Eingangsstempel und Randbemerkungen. Handschriftliche Adressenänderung von] Am Kleinen Wannsee Nr. 16 [zu] Am Großen Wannsee Nr. 56–58
[Eigenhändige Unterschrift] Heydrich

Zur Abbildung der zweiten Einladung vom 8. Januar 1942 (Seite 21, oben):

[Oben]
1) Pg. Rademacher z. Kts [zur Kenntnis]
2) Wv. [Wiedervorlage] 18/1. [Datum gestrichen] 19/1. morgens [gezeichnet] Marx [Ursula Marx war Luthers Sekretärin]
[Rechts neben 1)]
Vorgemerkt [Paraphe Müller; Herbert Müller war Assistent Rademachers. Datum] 14/1. [14. Januar 1942]
[Unten]
D III 709.g [Eingangsvermerk der ersten Einladung]
Sitzungsprotokoll soll noch eingehen. Vorerst z.d.A. [zu den Akten]
[Paraphe Müller. Datum] 21/1. [21. Januar 1942]
[Unten rechts. Eigenhändige Unterschrift:] Heydrich

Zum Begleitschreiben Heydrichs vom 26. Februar 1942 (Seite 23, unten):

Pg. Rademacher, bitte schriftlich mitzuteilen, daß Sie Sachbearbeiter sind und teilnehmen werden. [Paraphe Luther] 28/II [28. Februar 1942; Luther hatte das Begleitschreiben mit anhängendem Protokoll vermutlich nicht auf dem dienstlichen Postweg erhalten, denn erst später wurde der Eingangsstempel mit Datum 2. März 1942 aufgebracht.]
[Unten. Eigenhändige Unterschrift] Heydrich

Zur ersten Seite des Protokolls (Seite 23, oben):

[Handschriftlicher Vermerk unten rechts] D. III.29. g.[eheim]. Rs. [Reichssache; identisch mit dem Eingangsvermerk auf dem Begleitschreiben Heydrichs]

Über die Nachteile, die eine solche Auswanderungsforcierung mit sich brachte, waren sich alle Stellen im klaren. Sie mußten jedoch angesichts des Fehlens anderer Lösungsmöglichkeiten vorerst in Kauf genommen werden.

Die Auswanderungsarbeiten waren in der Folgezeit nicht nur ein deutsches Problem, sondern auch ein Problem, mit dem sich die Behörden der Ziel- bzw. Einwandererländer zu befassen hatten. Die finanziellen Schwierigkeiten, wie Erhöhung der Vorzeige- und Landungsgelder seitens der verschiedenen ausländischen Regierungen, fehlende Schiffsplätze, laufend verschärfte Einwanderungsbeschränkungen oder -sperrn, erschwerten die Auswanderungsbestrebungen außerordentlich. Trotz dieser Schwierigkeiten wurden seit der Machtübernahme bis zum Stichtag 31.10.1941 insgesamt rund 537.000 Juden zur Auswanderung gebracht. Davon

vom 30.1.1933 aus dem Altreich	rd. 360.000
vom 15.3.1938 aus der Ostmark	rd. 147.000
vom 15.3.1939 aus dem Protektorat Böhmen und Mähren	rd. 30.000

Die Finanzierung der Auswanderung erfolgte durch die Juden bzw. jüdisch-politischen Organisationen selbst. Um den Verbleib der verproletarisierten Juden zu vermeiden, wurde nach dem Grundsatz verfahren, daß die vermögenden Juden die Abwanderung der vermögenslosen Juden zu finanzieren haben; hier wurde, je nach Vermögen gestaffelt, eine entsprechende Umlage bzw. Auswandererabgabe vorgeschrieben, die zur Bestreitung der finanziellen Obliegenheiten im Zuge der Abwanderung vermögensloser Juden verwandt wurde.

K210403

372027

Neben dem Reichsmark-Aufkommen sind Devisen für Vorzeige- und Landungsgelder erforderlich gewesen. Um den deutschen Devisenschatz zu schonen, wurden die jüdischen Finanzinstitutionen des Auslandes durch die jüdischen Organisationen des Inlandes verhalten, für die Beitreibung entsprechender Devisenaufkommen Sorge zu tragen. Hier wurden durch diese ausländischen Juden im Schenkungswege bis zum 30.10.1941 insgesamt rund 9.500.000 Dollar zur Verfügung gestellt.

Inzwischen hat der Reichsführer-~~er~~ und Chef der Deutschen Polizei im Hinblick auf die Gefahren einer Auswanderung im Kriege und im Hinblick auf die Möglichkeiten des Ostens die Auswanderung von Juden verboten.

III.

Anstelle der Auswanderung ist zunehmend als weitere Lösungsmöglichkeit nach Entsprachen der vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten.

Diese Aktionen sind jedoch lediglich als Ausweichmöglichkeiten anzusprechen, doch werden hier bereits jene praktischen Erfahrungen gesammelt, die im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung sind.

Im Zuge dieser Endlösung der europäischen Judenfrage kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht, die sich wie folgt auf die einzelnen Länder verteilen:

K210404

372028